



iran-report

Nr. 10/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Welchen Kurs steuert das Parlament? / Schulen sollen wieder streng islamisch werden / Mehr Freiheit an Schulen gefordert / Protestveranstaltung gegen Einschränkung der Freiheit / Erklärung des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit / Zusammenkunft der Studenten verboten / Raketen erfolgreich getestet / Versammlung von Angehörigen der im Irak verhafteten Pilger / 30-40 tausend Aidskranke in Iran / 30.000 praktische Ärzte leben unter der Armutsgrenze

II. Wirtschaft

Tagung der Wirtschaftsminister aus islamischen Staaten in Teheran / Shell und Repsol schließen „historisches“ Iran-Abkommen / Irans gute Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China / Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Deutschland im Aufwind / Bau einer Gaspipeline mit Armenien vereinbart / Iraner im Ausland verfügen über 600 bis 800 Milliarden Dollar

III. Außenpolitik

IAEA-Resolution gegen Iran / Iran lehnte die Resolution ab / Iran gibt Vorbereitung der Atomanreicherung bekannt / Israel verstärkt Drohungen gegen Iran / Warum spielt Iran mit dem Feuer? / Deutscher Geschäftsmann wollte Atomtechnik nach Iran vermitteln / Chatami vertagt Türkei-Staatsbesuch / Iranischer Konsul aus Geiselhaft frei



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 11/2004 Anfang November) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Oktober 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Welchen Kurs steuert das Parlament?

Bereits vier Monate nach der Wahl des neuen Parlaments, in dem die Konservativen die absolute Mehrheit besitzen, wird deutlich, welchen Kurs die neuen Volksvertreter steuern. Es stand von vornherein fest, dass die konservativen Islamisten nach ihrem durch den Ausschluss tausender Reformkandidaten sowie durch Wahlmanipulationen errungenen Sieg eine Wende sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik herbeiführen würden. Doch führende Vertreter der Konservativen beteuerten immer wieder, dass sie keine Konfrontation mit den Reformern um Präsident Chatami und dessen Regierung suchen und ihre Beschlüsse nach sachlichen Gesichtspunkten fassen würden. Aufgrund dieser Aussagen meinten manche politischen Beobachter, die Konservativen würden sich, um ihre Basis und ihre Macht zu erhalten, moderat verhalten, ja sogar die wichtigsten Pläne der Reformer übernehmen. Man rechnete damit, dass sie zumindest bis zur Wahl des Staatspräsidenten in einem Jahr der Regierung keine Steine in den Weg legen und keine unpopulären Entscheidungen treffen würden. Zieht man aber nach kaum vier Monaten Bilanz, stellt man genau das Gegenteil fest. Nahezu sämtliche Beschlüsse des Parlaments im Bereich der Wirtschaft, der Kultur, der Justiz und nicht zuletzt der Außenpolitik stehen im Widerspruch zu den Beteuerungen. Eine einzige Ausnahme bildete die Zustimmung zum Vorschlag Chatamis, Mohammad Hossein Scharifzadegan zum neuen Sozialminister zu ernennen.

Bereits zwei Wochen nach der Konstituierung des Parlaments wurden Misstrauensanträge gegen mehrere Minister vorbereitet. Vor allem die Drohungen gegen den Verkehrsminister und den Kultusminister wurden so laut und durch die rechte Presse so weit verbreitet, dass für die betreffenden Minister nach eigenen Angaben die Wahrnehmung ihrer Aufgaben kaum noch möglich wurde. Beide Minister stehen nach wie vor auf Abruf.

Die Fraktion der Konservativen, die übrigens nicht immer geschlossen auftritt, lehnte eine Regierungsvorlage zur Gleichstellung der Geschlechter ab. Interessant war, dass einige weibliche Abgeordnete am vehementesten gegen die Vorlage Stellung nahmen. Eine Abgeordnete meinte sogar, die Islamische Republik dürfe niemals die Internationale Konvention zur Unantastbarkeit der Rechte der Frauen unterzeichnen und begründete ihre Ablehnung damit, dass die islamische Gesetzgebung weit fortschrittlicher sei als die Konvention.

Das neue Parlament weigerte sich auch, ein Gesetz zur Festlegung und Definition politischer Delikte zu verabschieden. Über die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes wird in Iran seit langem diskutiert, denn in der bisher gültigen Strafordnung sind politische Delikte nicht aufgeführt, so dass für die iranische Justiz politische Delikte praktisch nicht existieren. Sie werden wie normale Straftaten behandelt.

Die Fraktion der Konservativen hat in den letzten Jahren immer gegen die Lockerung der islamischen Sitten und Moral Stellung genommen und eine strengere Handhabung und Kontrollen angekündigt. Es ist sogar der Vorschlag gemacht worden, ein Gremium zu bilden, das als moralische Instanz die Gesellschaft, insbesondere die Jugend überwacht und gegen jede Missachtung einschreitet.

Außenpolitisch haben sich mehrere Mitglieder der Konservativen öffentlich gegen die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Internationalen Atomsperrvertrag, das die Regierung bereits im vergangenen November unterzeichnet hatte, gewandt. Die Unterzeichnung sei nicht im Interesse des Landes, meinten sie. Einige Abgeordnete haben sogar den Austritt aus dem Atomsperrvertrag gefordert. Iran dürfe sich nicht dem Druck von außen beugen.

Ein weiterer Beschluss des Parlaments von Ende September kann sowohl wirtschaftlich als auch außenpolitisch weitreichende Folgen haben. Das Parlament hat mehrheitlich beschlossen, dass jeder Vertrag zwischen der iranischen Regierung und einem ausländischen Unternehmen nur dann in Kraft treten kann, wenn er zuvor vom Parlament ratifiziert worden ist. Dies



sollte sogar rückwirkend gelten. Regierung und Wirtschaft protestierten heftig. Daraufhin hat das Parlament nach wenigen Tagen den eigenen Beschluss revidiert und ihn auf zwei türkische Firmen beschränkt. Es handelt sich um eine Gesellschaft für Mobiltelefone und um eine Firma, die Dienstleistungen auf dem neuen Teheraner Flughafen übernehmen sollte. Aufgrund des Parlamentsbeschlusses hat Präsident Chatami seinen für Ende September geplanten Besuch in die Türkei abgesagt (s. diesen Bericht S. 16). Mit diesem Beschluss werden der ohnehin machtlosen Regierung schwere Steine in den Weg gelegt.

Schulen sollen wieder streng islamisiert werden

Parlamentspräsident Haddad Adel appellierte zum Beginn des neuen Schuljahrs (Ende September) an die Abgeordneten und Verantwortlichen, auf die Schulbildung zu achten, denn sie befindet sich in keinem befriedigenden Zustand und liefere keinen Anlass, um beruhigt in die Zukunft schauen zu können. „Meine Brüder“, sagte er vor dem Parlament und übersah die anwesenden „Schwestern“. „Alle Wünsche, die ihr für die Zukunft unseres Landes habt, lassen sich nur über Erziehung und Ausbildung erreichen. Wenn ihr ein islamisches Iran, ein fortschrittliches und gut aufgebautes Iran haben wollt, wenn ihr wollt, dass die Moscheen von aufrechten Gläubigen überfüllt sind, dann gibt es dafür nur eine Lösung: islamische Schulen.“ Haddad fuhr fort: „Wenn wir eine islamische Presse wollen, wenn wir wollen, dass unsre Kunstlandschaft rein und menschlich wird, müssen wir unsere Kinder und Jugendlichen entsprechend erziehen. Wenn wir bei dieser Aufgabe versagen, wird jede nachträgliche Maßnahme nutzlos sein.“

Adel gab zu, dass für die Schulen zu wenig getan werde. Die Lehrer müssten ein materiell gesichertes Leben haben und in der Gesellschaft besondere Achtung genießen, sagte er. Auch um die Schulen müsste man sich mehr kümmern. Es gäbe zum Beispiel in Teheran zahlreiche Schulen, die diese Bezeichnung nicht verdienten. Denn es handele sich um ein paar enge und dunkle Räume, die mit dem ersten Erdbeben auf die Kinder einstürzen würden. Haddad appellierte an die Regierung und an das Parlament, sich mehr für die Schulen einzusetzen.

Mehr Freiheit an Schulen gefordert

Die Schülergruppe der reformorientierten Moschrekat-Partei hat zum Abschluss ihrer Tagung eine Erklärung veröffentlicht, in der sie mehr Freiheit an den Schulen fordert. „Wir möchten, nachdem wir uns versammelt und uns über die Schülerbewegung sowie über unsere Probleme an den Schulen ausgetauscht haben, unsere Forderungen der Öffentlichkeit bekannt geben“, heißt es in der Erklärung.

„Wir fordern mehr Freiheit an den Schulen, wir verlangen ein Schulsystem, das Spaß und Freude macht, wir wollen, dass an den Schulen mehr Diskussion zugelassen wird. Wir wollen uns nicht nur Wissen aneignen, sondern auch Methoden, die uns die Fähigkeit geben, selbst forschen zu können. Wir wollen, dass das Wissen, das uns vermittelt wird, zeitgemäß ist und dem raschen Tempo der Entwicklung in der Welt Rechnung trägt. Wir wollen aktiv an der Lösung politischer und gesellschaftlicher Fragen teilnehmen. Wir verlangen, dass bei der Erstellung des Unterrichtsmaterials unsere Meinungen berücksichtigt werden. Wir verlangen, dass die einseitigen und eindimensionalen Unterrichtsmethoden verändert werden und der Unterricht freier, vielfältiger und gemeinschaftlicher gestaltet wird. Wir fordern, dass sämtliche Einschränkungen für Schülerinnen aufgehoben werden. Wir verlangen, dass die Aufnahmebedingungen an Universitäten und Hochschulen gelockert werden. Wir fordern, dass im Interesse der Entwicklung unseres Landes, den Schulen in abgelegenen Provinzen mehr Beachtung geschenkt wird. Wir verlangen mehr Gerechtigkeit an den Schulen, wir wollen, dass die Schüler mehr zur Mitarbeit einbezogen werden, dass mit ihrer Hilfe für eine saubere Umwelt gesorgt wird. Wir wollen, dass die sportlichen Aktivitäten an den Schulen gefördert und unterschiedliche, moderne Sportarten eingeführt werden. Aber das Wichtigste, was wir fordern ist, dass die Schülerbewegung sich an sämtlichen Schulen frei bilden und aktiv sein kann. Diese Forderung werden wir unter allen Umständen durchsetzen. Allen, die eine staatlich abhängige Schülerbewegung auf die Beine stellen wollen, sei gesagt, dass eine echte Bewegung niemals von oben verordnet werden kann; sie entsteht spontan aus dem Innern der Gesellschaft. Wir sind bereit, auf dem Weg zu dem Ziel, das wir uns gesetzt



haben, jede konstruktive Kritik entgegenzunehmen. Wir blicken voller Hoffnung in die Zukunft. Wir werden entschlossener als bisher unseren Weg fortsetzen. Wir reichen allen Schülern und Lehrern die Hand und werden alle Initiativen zur Bildung von unabhängigen Schülerorganisation, Schülerräten und eines Schülerparlaments tatkräftig unterstützen und wir sind bereit, mit politischen Parteien zusammenzuarbeiten.“

Protestveranstaltung gegen Einschränkung der Freiheit

Zum Abschluss des von Journalisten organisierten Hungerstreiks gegen die Missachtung der Pressefreiheit fand eine Protestveranstaltung unter dem Motto: „Wir protestieren gegen jene, die der Freiheit an der Gurgel packen“ statt. Unter den Teilnehmern befanden sich neben bekannten Journalisten auch einige führende Reformer sowie politische Dissidenten. Ali Reza Alawitabar, Vorstandsmitglied des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit, der als erster Redner auftrat, gedachte zunächst „den Freunden und Kollegen, die sich im Kerker befinden“. Dann kam er auf die „zunehmende Militarisierung“ des Landes zu sprechen. Zwar habe es dieses Phänomen auch in früheren Zeiten gegeben, aber seit geraumer Zeit sei es beschleunigt worden. Er rief die Versammlung zur Achtsamkeit auf. Die Vorgänge am Teheraner Flughafen, der wenige Stunden nach der Eröffnung durch eine Intervention der Revolutionswächter wieder geschlossen wurde, die neue Politik im Bezug auf das iranische Atomprogramm, die Aktivitäten mancher Gruppen im Irak oder die Art der Durchführung der Parlamentswahlen, seien Indizien für die Militarisierung des Landes. Der Grund für die Militarisierung liege darin, dass die herrschende Macht ihre Legitimität eingebüßt habe. Es könne nicht übersehen werden, dass in letzter Zeit die Militärs an Einfluss gewonnen hätten und dass sie sich weit öfters als früher in die Politik einmischen. Alawitabar machte darauf aufmerksam, dass die Feindschaft, die Israel und die USA gegen Iran hegen, den Prozess der Militarisierung beschleunigt habe.

Der frühere Parlamentsabgeordnete und Sprecher der Partei „Modjahedin der Islamischen Revolution“, Mohsen Armin, meinte, zur Militarisierung sei immer ein äußerer Feind, der vermeintlich o-

der tatsächlich existiert, nötig. „Man baut einen Feind auf, erzeugt Krisen und legitimiert damit die Einschränkung individueller oder gesellschaftlicher Freiheiten“, sagte Armin.

Ali Schakuri Rad, Vorstandsmitglied der Moscharekat-Partei, sagte, man habe versucht, durch das Verbot der kritischen Presse Andersdenkende mundtot zu machen. Sogar die Organe seiner Partei, der größten Partei des Landes, die auch an der Regierung beteiligt ist, seien verboten worden. Die Zeitungen Moscharekat, Yas-e no und zuletzt Waghaje etefaghieh hätten ihr Erscheinen einstellen müssen. Die Justiz fühle sich an Gesetze, nach denen sich die Bürger richten möchten, nicht mehr gebunden. „Wir erleben schwere Zeiten“, sagte Schakuri Rad. „Aber wir werden unseren Widerstand nicht aufgeben. Natürlich haben auch wir Fehler gemacht. Aber jetzt müssen wir uns in einer Einheitsfront zusammenschließen und den Kampf gemeinsam fortsetzen.“

Der bekannte Journalist Emadeddin Baghi sagte, das wichtigste Ziel der Reformbewegung sei die Freiheit der Meinungsäußerung gewesen. „Wir werden dieses Ziel niemals aufgeben.“

Erklärung des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit

Der Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit hat am 30. September eine Erklärung veröffentlicht, die wir auszugsweise wiedergeben.

Der Verein hat in den letzten Monaten den Umgang der Behörden mit der Presse und mit Internetdiensten gründlich beobachtet und folgendes festgestellt:

1. Nach dem Verbot von einigen unabhängigen Zeitungen haben die Justiz und die Staatsanwaltschaft Gruppen, bestehend aus Informanten und Geheimdienstlern, zur Beobachtung und wenn nötig Verfolgung der Verantwortlichen der Internetdienste eingesetzt. Inzwischen sind zahlreiche Internetseiten „gefiltert“ und deren Betreiber gerichtlich verfolgt bzw. festgenommen worden. Bei einigen ist der Aufenthaltsort unbekannt, andere, wie in den Provinzen Gilan und Kurdistan, befinden sich in Untersuchungshaft. Über alle diese Aktivitäten erteilen die Justiz und ihre Geheimdienstabteilungen keine Auskunft, sie geben nicht einmal die Festnahmen bekannt, so dass



die Angehörigen der Inhaftierten lange Zeit über das plötzliche Verschwinden ihres Verwandten im Ungewissen gelassen werden. Das ist offenbar die neueste Vorgehensweise der Justiz.

2. Die Zensur der Presse durch die Behörden der Justiz und des Obersten Rats der nationalen Sicherheit dauert nicht nur verstärkt an, sie wurde durch die Teheraner Staatsanwaltschaft und Geheimdienstabteilungen in den Provinzen weiter ausgebaut. Die Teheraner Staatsanwaltschaft und namentlich ihr Leiter, Said Mortazawi, kontaktieren ständig die Presse und schreiben den Redakteuren vor, worüber die Zeitungen berichten, bzw. nicht berichten sollen. Auch der Nationalen Sicherheitsrat wendet sich offiziell und schriftlich an die Presse und verlangt Berichte über bestimmte Themen oder Personen und nennt ausdrücklich Personen und Themen, über die nicht berichtet werden soll. Manche Journalisten wurden in den Provinzen zum Geheimdienst zitiert und unter Haftandrohung dazu verpflichtet, die ihnen erteilten Anweisungen zu befolgen.

Zu diesen Vorgängen schweigen die für die Presse zuständigen Organe wie das Kultusministerium und noch wichtiger der Staatspräsident. Das Parlament und das Komitee zur Überwachung der Verfassung unterstützen sogar die neuen Maßnahmen.

Während die freie und liberale Presse diesem unerträglichen Druck ausgesetzt ist, genießt die konservative Presse Narrenfreiheit. Sie hat kürzlich, ohne Sanktionen befürchten zu müssen, eine breit angelegte Kampagne gegen unabhängige Journalisten, Künstler, Filmemacher, Schriftsteller gestartet.

Der Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit protestiert in aller Schärfe gegen diese Vorgänge und fordert die sofortige Freilassung aller inhaftierten Journalisten. Er verurteilt die neuen Methoden der Justiz, die man nicht anders bezeichnen kann als „offizielle Geiselnahme“, „Ausrottung frei denkender Journalisten“ und „Politik der verbrannten Erde“.

Zusammenkunft der Studenten verboten

Die seit langem geplante Zusammenkunft der größten Studentenorganisation „Tahkim Wahdat“, die jedes Jahr während der Sommerferien stattfindet,

wurde, obwohl zuvor genehmigt, am Tag vor dem angesetzten Termin verboten. In einer von der Organisation veröffentlichten Erklärung heißt es: „Die Machthaber achten weder auf die Moral noch auf die Gesetze. Sie brechen ihre Zusagen und lassen der Willkür freien Lauf.“ Das Verderben habe sich überall verbreitet, soweit dass von den Grundsätzen des Glaubens nichts mehr übrig geblieben ist. „Offenbar kennen die Verantwortlichen unseres Landes nur noch die Mechanismen der Macht.“

Kurz vor dem Verbot hatte die Organisation in einem Schreiben Präsident Chatami um Unterstützung gebeten. Doch der Präsident reagierte nicht. „Wir wussten von vornherein, dass unser Schreiben unser Problem nicht lösen wird“, steht in der Erklärung. „Aber wir wollten einen weiteren Beweis dafür haben, dass der Versuch, die Gesellschaft von oben zu reformieren schon längst aufgegeben worden ist und dass die Fahnenträger der Reformbewegung in ihrem Bestreben, das Vorhandene zu erhalten, die Konservativen längst überholt haben. Wir wollten noch einmal darauf aufmerksam machen, dass man mit solchen Mitteln wie die Übernahme der Regierung die herrschende Diktatur nicht kontrollieren und den Parteien und Verbänden nicht Freiheit und Demokratie versprechen kann“, schreiben die Studenten in Anspielung auf die Absicht der Reformer, bei der Wahl des Staatspräsidenten einen eigenen populären Kandidaten aufzustellen. „Die Zeit, in der man mit dem Versprechen, Reformen durchsetzen zu wollen, das Volk mobilisieren konnte, und dabei nichts anderes erreichte als einen Austausch von Posten, ist endgültig vorbei. Wir wissen jetzt, dass die Teilnahme der Reformer an der Macht weder der Demokratie und Freiheit noch den Menschenrechten dient.“

Raketen erfolgreich getestet

Irans Verteidigungsminister Ali Schamchani gab der Presse bekannt, dass einige Raketen mit größeren Reichweiten erfolgreich getestet worden seien. Wie groß die Reichweite ist und um welche Raketentypen es sich dabei handelt, sagte Schamchani nicht. Er sagte lediglich, dass die Raketen der Armee übergeben worden seien. Bereits im August hatte das iranische Verteidigungsministerium den erfolgreichen Test der Rakete „Schahab 3“ gemeldet. Iran behauptet, die Raketen selbstän-



dig produziert und weiterentwickelt zu haben. Dagegen sind die USA der Ansicht, Nordkorea habe am Raketenbau mitgewirkt.

Zuvor hatte der Verteidigungsminister erklärt, die Verbesserung der Raketen sei eine Antwort auf die Weiterentwicklung der Raketen in Israel. Es ist bekannt, dass die Rakete Schahab 3 eine Reichweite von 1.300 Kilometer hat und damit Israel leicht erreichen kann.

Versammlung von Angehörigen der im Irak verhafteten Pilger

Angehörige iranischer Pilger haben sich in Teheran vor dem Außenministerium versammelt. Sie forderten, dass sich das Ministerium ernsthaft um die im Irak verhafteten iranischen Pilger kümmern soll. Der Sprecher der Versammlung erklärte der anwesenden Presse gegenüber, die Pilger befinden sich seit über vier Monaten in irakischer Haft und das Außenministerium habe bisher nichts für ihre Freilassung unternommen. Die Haftbedingungen seien unerträglich, die Haftgründe unbekannt. Es handele sich um rund 1200 Pilger, für die sich die iranische Regierung verantwortlich fühlen sollte. Die Versammelten waren aus verschiedenen Städten in die Hauptstadt gereist.

Die Verhaftungen wurden im Zuge der Verschlechterung der iranisch-irakischen Beziehungen vorgenommen. Mehrere Mitglieder der irakischen Übergangsregierung haben behauptet, Iran habe zahlreiche Agenten in den Irak geschickt, um den Widerstand gegen die Besatzungsmächte zu unterstützen. Auch Waffen seien an die Aufständischen verteilt worden. Ähnliche Vorwürfe kamen aus Washington und London. Sicherheitskräfte im Irak gehen davon aus, dass sich Agenten als Pilger getarnt haben. Das ist vermutlich der Grund für die Massenverhaftung. Merkwürdig ist nur, dass Teheran die Angelegenheit recht still und vorsichtig behandelt, ja nicht einmal offiziell Erklärungen verlangt.

30 bis 40 tausend Aidskranke in Iran

Mohammad Guja, zuständig für Aidsbekämpfung im Gesundheitsministerium, sagte bei einem Kongress zum Thema Aids und Hepatitis in der Stadt Ardebil, es seien bisher lediglich 7.108

Aidskranke in Iran registriert. Die tatsächliche Zahl liege schätzungsweise bei 30 bis 40 tausend. Die Krankheit verbreite sich relativ schnell. Zumeist erfolge die Ansteckung durch Spritzen, die Drogensüchtige gemeinsam benutzen. Das Gesundheitsministerium habe einen Fünfjahrplan zur Aidsbekämpfung beschlossen. Doch die Aktivitäten seines Ministeriums seien nicht ausreichend. Auch andere staatliche Instanzen sowie die Bevölkerung müssten bei der Aidsbekämpfung mithelfen.

Viele Aidskranke verheimlichen ihre Krankheit, weil sie Angst haben, aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden. Das Gesundheitsministerium will dieser Einstellung entgegenwirken und die Kranken dazu bewegen, sich zu melden. Die Verheimlichung sei eine der Ursachen, die zur rascheren Verbreitung der Krankheit führen, sagte Guja. Sein Ministerium versuche durch gezielte Informationen die Bevölkerung aufzuklären und die falsche und weit verbreitete Einstellung zu dieser Krankheit zu ändern.

30.000 praktische Ärzte leben unter der Armutsgrenze

Mohammad Esmail Akbari, Staatssekretär im Gesundheitsministerium, sagte in einem Gespräch mit der Presse, entgegen der weit verbreiteten Vorstellung schwelgen die Ärzte nicht in Reichtum. Im Gegenteil, etwa 30.000 praktische Ärzte leben unter der Armutsgrenze. Es gäbe rund tausend Ärzte, die ein gutes Einkommen hätten und eine gute Arbeit leisten würden. Aber sie könnten nicht für die gesamte Ärzteschaft als Maßstab genommen werden. Neben den tausend wohlhabenden Ärzten gebe es etwa fünftausend, die ein Durchschnittseinkommen hätten. Die restlichen 30.000 hätten mit Armut zu kämpfen, obwohl gerade diese Ärzte die größte Last tragen.

„Wir haben so gut wie keine arbeitslosen Ärzte“, sagte Akbari. „Aber es gibt etwa 10.000 Ärzte, die keine dauerhafte Beschäftigung haben.“ Sie seien nur teilzeitig in Gesundheitszentren beschäftigt. Im Jahresdurchschnitt werde in Iran pro Kopf 105 Dollar für die Heilung von Krankheiten ausgegeben. Das sei im internationalen Vergleich recht günstig. Auch qualitativ sei die Gesundheitsfürsorge in Iran dank des Einsatzes der Ärzte sehr gut. „Im Bereich der Implantation liegt I-

ran sogar weltweit an sechster Stelle", fügte Akbari hinzu. Für je tausend Kranke stehen sechs Krankenhausbetten zur Verfügung. Allerdings müsste diese Quote auf 1,4 Betten reduziert werden, wenn man die Betten, die nicht genutzt werden, abziehen würde. Dies erklärte er damit, dass es in weniger entwickelten Gegenden des Landes rund 10.000 Betten gäbe, die nur in Krisenzeiten benutzt würden und in normalen Zeiten zu nicht mehr als zehn Prozent.

Die Unterhaltung dieser Krankenhäuser würden hohe Kosten verursachen. „In keinem Land der Welt ist der Staat bereit, solche Kosten zu tragen“, sagte Akbari abschließend. „Aber da sich der islamische Staat für ärmere Schichten der Bevölkerung einsetzt, sind wir zu solchen Leistungen bereit.“

II. Wirtschaft

Tagung der Wirtschaftsminister aus islamischen Staaten in Teheran

Am 11. September haben sich Wirtschaftsminister aus 53 islamischen Ländern zu einer viertägigen Tagung in Teheran getroffen. Ziel der Tagung, die jährlich von der „Islamischen Entwicklungsbank“ organisiert wird, war, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der islamischen Länder zu festigen und zu intensivieren, um die Konkurrenz mit der Wirtschaft westlicher Staaten besser bestehen zu können. Ferner sollte der Kapitalzufluss in einzelne Staaten bzw. die Investitionstätigkeit erleichtert und gefördert werden.

Mohammad Khazai, Leiter des Amtes für Auslandsinvestitionen und Wirtschaftshilfe in Teheran, sagte in einem Interview mit der iranischen Tageszeitung Schargh, nach dem 11. September 2001 hätten sich die islamischen Staaten aufgrund ihrer Finanzstärke zu einem neuen Pol in der Weltwirtschaft entwickelt. Diese Position müsse weiter ausgebaut werden.

Für Iran habe die Tagung mehrere Vorteile, sagte Khazai. Allein der Umstand, dass sich über fünfzig Minister aus islamischen Ländern gerade in Teheran versammelt hätten, signalisiere der Welt, dass Iran ein Land sei, in dem politische und gesellschaftliche Stabilität herrsche. Ferner werde Iran diese Tagung als eine Gelegenheit nutzen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den einzelnen, hier vertretenen Staaten zu intensivieren.

Die „Islamische Entwicklungsbank“ wurde vor 30 Jahren gegründet. Es war nach 1983 nun das zweite Mal, dass die Jahrestagung in Teheran stattfand. Neben den Ministern befanden sich unter den 530 Teilnehmern auch Direktoren von Zentralbanken, Wirtschaftsexperten und Vertreter internationaler Finanzorganisationen. Es gab bei der Tagung sieben Foren, die sich mit spezifischen Fragen wie die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken, Entwicklungshilfe, Nutzung vorhandener Finanzressourcen, Fragen der Gesundheit und Umwelt beschäftigten. Ferner wurden in Vorträgen und Diskussionen über die bisherige Tätigkeit der Islamischen Entwicklungsbank Bilanz gezogen und über die Strategie für die nächsten fünf Jahre diskutiert. Schließlich wurde die Durchführung von Entwick-



lungsprojekten im Wert von 283 Millionen Dollar beschlossen.

Laut Khazai gewährt die Bank den Mitgliedsstaaten eine Entwicklungshilfe im Wert von 4 Milliarden Dollar. Davon erhält Iran zehn Prozent. Dies deutet auf eine bevorzugte Position Irans unter den 53 Mitgliedsstaaten hin, betonte Khazai. Aber selbst wenn Iran keinen Cent von der Bank erhalten würde, wären die Möglichkeiten, die die Mitgliedschaft dem Land eröffne, allein wert genug, um die Bank mit aller Kraft zu unterstützen. „Die Bank eröffnet uns Wege zu den regionalen und internationalen Märkten“.

Über die Bank selbst sagt Khazai, sie habe inzwischen in der Region eine beachtliche Position errungen. Sie bekämpfe die Armut und sei eine große Hilfe für die Mitgliedsstaaten. Die islamische Entwicklungsbank kooperiere zwar mit der Weltbank und führe in der Region gemeinsame Projekte durch, es gäbe aber eine rote Linie, die nie überschritten werden dürfe. Dies sei die islamische Gesetzgebung. Eine Bank, die sich so nach Grundsätzen des Glaubens richte, sei in der Welt einzigartig. Die Bank sei völlig unabhängig. Die von ihr unterstützten Projekte befänden sich ausschließlich in den Bereichen Wirtschaft und Technik. Ihr Kampf gelte der Armut und der Ungerechtigkeit. Sie arbeite nicht nur mit den Staaten, sondern auch mit Privatunternehmen und helfe bei der Finanzierung von kleinen und größeren Projekten.

Mehdi Karbasian, Vertreter Irans bei der islamischen Entwicklungsbank, pries ebenfalls die Vorzüge der Bank, sprach aber auch über ihre Schwächen. Die größte Schwäche der Bank bestehe darin, dass sie finanziell nicht stark genug sei. Von den 53 Mitgliedsstaaten seien 28 noch unterentwickelt und 28 Entwicklungsländer, sagte Karbasian. Die Einrichtungen und Verwaltung der Bank widerspiegeln diesen Entwicklungsstand. Die Bank sei gerade dabei sich zu entbürokratisieren. Ein wichtiges Problem bestehe darin, dass in den Mitgliedsstaaten nicht dieselben politischen Systeme bestehen. Manche von ihnen werden von Diktaturen beherrscht, was sich natürlich auf die Arbeit der Bank auswirke.

Laut Angaben von Karbasian besitzt die Bank ein Kapital von 20 Milliarden Dollar. Er bedauerte, dass die Wirt-

schaftsbeziehung der islamischen Länder unter einander noch sehr gering sei. Sie umfasse lediglich 5 Prozent der gesamten Außenwirtschaft der Mitgliedsstaaten. Die meisten Aktivitäten würden mit Europa und den USA getätigt. Die Bank habe nun ein Gremium gebildet, einen Rat bestehend aus Geistlichen, der den Auftrag habe, die Aktivitäten der Bank mit den Grundsätzen des Islam in Übereinstimmung zu bringen. Der Rat habe sieben Mitglieder, die mit Ausnahme des iranischen Vertreters alle Sunniten seien. Iran vertrete als einziges Land die schiitische Religionsgemeinschaft. Aber bisher habe es unter den Mitgliedern keine nennenswerten Differenzen gegeben. Auf die Frage, warum die Tagung gerade am 11. September stattfindet, antwortete Karbasian: „Das ist ein glücklicher Zufall, der auf die Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit der islamischen Staaten hinweist.“

Shell und Repsol schließen „historisches“ Iran-Abkommen

Nach einem Bericht der Madrider Zeitung „El Pais“ haben der Mineralölkonzern Shell und die spanische Gruppe Repsol YPF mit Iran ein Erdgasabkommen „von historischen Ausmaßen“ abgeschlossen. Das Abkommen sieht Investitionen in Höhe von 3,25 Milliarden Euro und die Gewinnung von jährlich sieben Millionen Tonnen Flüssiggas ab 2010 vor. Iran habe mit diesem Projekt die Absicht, zu einem der größten Erdgas-Exporteure der Welt aufzusteigen.

Nach dreijährigen Verhandlungen sei der Vertrag am 22. September am Rand eines Treffens der OPEC (Organisation Erdöl exportierender Staaten) in Wien unterzeichnet worden, berichtet die Zeitung. Repsol habe das Abkommen, an dem auch die iranische NIOC (National Iranian Oil Company) beteiligt sei, bestätigt, jedoch keine Einzelheiten genannt.

Nach Angaben von „El Pais“ wollen Shell und Repsol zwei Bohrseln im Persischen Golf und mehrere Anlagen zur Gasverflüssigung an der iranischen Küste errichten. Das Abkommen sehe die Gründung von zwei Unternehmen vor. Das eine soll sich mit der Erkundung der Erdgasvorkommen sowie den Bohrungen befassen und zu je 50 Prozent Shell und Repsol gehören. Das zweite Unternehmen solle sich der Verarbeitung, dem Verkauf und dem Vertrieb widmen.



Seine Kapitalanteile sollen zu 50 Prozent bei der NIOC sowie zu jeweils 25 Prozent bei Shell und Repsol liegen.

Irans gute Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China

Bereits nach der Gründung der Islamischen Republik zeigte sich Teheran an guten wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China interessiert. Peking teilte dieses Interesse. Beide Länder versuchten ungeachtet der ideologischen Differenzen, ihre Beziehungen so zu gestalten, dass beide Seiten davon profitieren. Dieser Pragmatismus bildete stets die Grundlage der Beziehung zwischen Teheran und Peking. China hat die Revolution von 1979 begrüßt und im iranisch-irakischen Krieg im Gegensatz zur Sowjetunion, die eher auf irakischer Seite stand, Iran Waffen geliefert. Diese Waffen, zu denen auch Raketen gehörten, haben zur Stärkung der Schlagkraft der iranischen Armee einen wichtigen Beitrag geleistet. Mit der Waffenlieferung an Iran verfolgte China selbstverständlich nicht nur ökonomische, sondern auch politische und strategische Ziele. Im Grunde bildete Iran für China eine Brücke, die in den Nahen und Mittleren Osten und vor allem zu den Golfstaaten führte. Sowohl Iran als auch China hatten und haben ein strategisches, ja im Falle Iran sogar existenzielles Interesse daran, den Einfluss der USA und anderer westlicher Staaten in der Region zu verringern. Ökonomisch betrachtet ist China, dessen Energieverbrauch von Tag zu Tag zunimmt, immer mehr auf den Import von Erdöl und Erdgas angewiesen.

Im vergangenen Jahrzehnt hat China Iran massiv mit allerlei Waffen, Panzern, Raketen versorgt und darüber hinaus die entsprechende Technologie vermittelt, so dass Iran inzwischen in der Lage ist, verschiedene Waffen einschließlich Raketen mit großer Reichweite selbständig zu produzieren. China ist nach wie vor einer der Hauptwaffenlieferanten an Iran, zumal das seit 25 Jahren bestehende Wirtschaftsembargo, das die USA über Iran verhängt haben, wichtige Konkurrenten ausgeschaltet hat. Die USA versuchen schon seit Jahren China unter Druck zu setzen. Jeder Handel mit chinesischen Unternehmen, die Iran mit Waffen beliefern, wurde verboten. Doch all dies hat Peking nicht daran gehindert, die Lieferungen an Iran fortzusetzen. Nur

in einem Bereich hat sich Peking dem Druck aus Washington gebeugt und den im Februar 1993 abgeschlossenen Vertrag über den Bau eines 300 Megawatt starken Atomreaktors in Iran annulliert. 1997 drohte Washington mit einer Importsperrung aller Produkte aus China. Peking gab nach. In Anbetracht dieser Lage ist Peking stark daran interessiert, dass der Konflikt um das iranische Atomprogramm auf friedlichem Weg gelöst wird. Dasselbe gilt übrigens auch für Russland. Denn würde sich der UN-Sicherheitsrat mit dem Konflikt befassen und Sanktionen gegen Iran beschließen, würde ein solcher Beschluss sowohl der chinesischen als auch der russischen Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen. Außerdem würden die Sanktionen gegen Iran, die die Isolierung des Landes zur Folge hätten, die politische und strategische Macht der USA in der Region erheblich steigern, was natürlich weder im Sinne Chinas und noch Russlands wäre.

Wirtschaftsbeziehung zwischen Iran und Deutschland im Aufwind

Der persischsprachige Internetdienst „Iran Emrooz“ berichtet, dass sich seit dem Sieg der Konservativen bei den Parlamentswahlen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Deutschland in einem unerwarteten Aufwind befinden. Der Dienst beruft sich zunächst auf Informationen des Kölner Rundfunks, die besagen, dass sich der Hafen Bandar Abbas am Persischen Golf mit Hilfe deutscher Unternehmer zu einem der wichtigsten Industriezentren Irans entwickeln werde. Ferner habe der Export Deutschlands nach Iran in den letzten sechs Monaten um 30 Prozent zugenommen. Schließlich sei es der Autofirma BMW endlich gelungen, eigene Fahrzeuge nach Iran zu exportieren.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete über das deutsche Engagement in Bandar Abbas. Die Firma Fritz Werner sei dort am Ausbau der Aluminiumfabrik beteiligt. Mit diesem Projekt werde die Aluminium-Industrie nach Erdöl, Erdgas und der petrochemischen Industrie den vierten Platz unter den iranischen Industriezweigen einnehmen. Die iranische Regierung habe für dieses Projekt Investitionen in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar geplant. Im ersten Schritt sollen drei Phasen des Projekts realisiert werden. Jede Phase habe eine Produktionskapazität von 110.000 Tonnen Aluminium. Langfristig



wird die Anlage eine Produktionskapazität von jährlich einer halben Millionen Tonnen Aluminium erreichen. Bandar Abbas habe sich inzwischen zum wichtigsten Hafen des Landes entwickelt. Von hier aus werde das Aluminium auf die Schiffe geladen und ins Ausland exportiert. Zurzeit werde rund 50 Prozent des iranischen Außenhandels über Bandar Abbas abgewickelt.

Wie die FAZ berichtet, ist Deutschland auch am Bau von Transportmitteln beteiligt. Die Hamburger Firma MPC habe mit Iran einen Vertrag über die Lieferung von sechs Transportschiffen in Höhe von 200 Millionen Euro unterzeichnet. Nach Informationen der Zeitung ist das Exportvolumen von Deutschland nach Iran in den letzten sechs Monaten um 30 Prozent gestiegen. Damit sei Iran vor Saudi-Arabien und den Emiraten der größte Handelspartner Deutschlands unter den Golfstaaten.

Am 1. Oktober reist der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Alfred Tacke mit einer Delegation deutscher Firmen nach Iran, um mit staatlicher Hilfe deutsche Marktchancen zu steigern. Doch die erfolgversprechenden Verhandlungen könnten von den Folgen des iranischen Atomkonflikts überschattet werden. Sollte es bei dem Streit tatsächlich zu Wirtschaftssanktionen gegen Iran kommen, wäre die ganze Mühe umsonst. Deutschland müsste sich an die UNO-Beschlüsse halten und sämtliche Geschäfte mit Iran einstellen.

Die deutsche Wirtschaft sieht die Entwicklung mit Sorge und setzt auf eine Einigung. „Das belastet natürlich die Beziehungen“, sagte Peter Kreuzer, Nahost-Experte beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Etwas gelassener äußerte sich Werner Schoeltzke, Vorsitzender des Nah- und Mittelost-Vereins in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters. „Bisher gibt es keine negativen Auswirkungen, weil die Verhandlungen weitergehen“, sagte er. Er erwarte von der Tacke-Reise weitere Kooperationsprojekte, die mit Vertrauen auf eine Einigung im Atomstreit abgeschlossen würden. „Zu verlieren haben Europa und Iran.“ Tacke und Schoeltzke reisen mit etwa 30 Firmenvertretern nach Teheran, wo neben der internationalen Handelsmesse auch Treffen mit Politikern geplant sind.

Bau einer Gaspipeline mit Armenien vereinbart

Staatspräsident Chatami hat bei seinem ersten Staatsbesuch in Armenien Anfang September den Bau einer Pipeline vereinbart. Außerdem unterzeichnete Chatami mit seinem armenischen Amtskollegen Robert Kotscharjan einen umfassenden Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit der beiden Nachbarländer. Chatami sagte vor der Presse in Eriwan, Iran widme der Stabilität im Kaukasus große Aufmerksamkeit.

Armenien wird durch die Türkei und Aserbaidschan von den Wirtschaftswegen der Region abgeschnitten und ist dringend auf Energielieferungen aus Iran angewiesen. „Wir sind an der engen Zusammenarbeit mit den Staaten der Region interessiert“, sagte Chatami. Die Region gehöre zu den sensibelsten der Welt. Sie brauche Sicherheit und Stabilität. Durch einen regen Austausch und wirtschaftliche Zusammenarbeit werde die Entwicklung aller Staaten der Region vorangetrieben. Selbstverständlich gebe es auch zwischen den Staaten Differenzen, die gemeinsamen Interessen seien jedoch weit größer. „Wenn wir die Zusammenarbeit forcieren, werden sich die Differenzen von alleine lösen“, sagte Chatami.

Bei seiner Rede vor dem armenischen Parlament betonte Chatami die Notwendigkeit des Kampfes für Demokratie. Kein politisches System könne sich längerfristig ohne Einhaltung demokratischer Prinzipien am Leben halten, sagte er. Doch es sei in Anbetracht des in der Welt herrschenden Zustands notwendig, die demokratischen Systeme mit moralischen Maßstäben in Einklang zu bringen. Dies würde vielleicht manche Prozesse, die höchst besorgniserregend erschienen, aufhalten.

Iraner im Ausland verfügen über 600 bis 800 Milliarden Dollar

Einem Bericht der Tageszeitung „Iran“ zufolge sagte Informationsminister Ali Junesi auf einer Versammlung der iranischen Handelskammer, Recherchen seines Ministeriums hätten ergeben, dass die Iraner im Ausland insgesamt über ein Guthaben von 600 bis 800 Milliarden Dollar verfügen. Von den rund 3 Millionen Iraner im Ausland lebe etwa die Hälfte in den USA und verfüge insgesamt über ein Guthaben von rund 400 Milliarden Dollar. 280 Unternehmen be-

fänden sich im Besitz von Iranern. Rund 400 Firmen würden von Iranern geführt.

In Dubai seien 40.000 iranische Firmen registriert, deren Kapital insgesamt auf 4 Milliarden Dollar geschätzt werden. Das Guthaben der Iraner in Deutschland wird auf 43 Milliarden Dollar geschätzt. Wohlhabende Iraner seien auch in anderen Ländern von Kanada bis Neuseeland reichlich zu finden.

Die vom Informationsministerium durchgeführte Recherche ist selbstverständlich nicht ohne Hintergedanken erfolgt. Seit langem schon wird in den Wirtschaftskreisen Irans erörtert, ob es nicht leichter wäre, statt um ausländische Unternehmer zu werben, kapitalkräftige Iraner ins Land zu holen. Mit dieser Zielsetzung führte die Islamische Republik immer wieder Werbekampagnen im Ausland durch. Allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Sogar Beschlüsse des Parlaments und der Regierung zur Investitionserleichterung für im Ausland lebende Iraner konnten bislang keine befriedigenden Ergebnisse erzielen. Der Grund für den Misserfolg liegt auf der Hand. Die meisten Iraner im Ausland möchten sich nicht den unsicheren Verhältnissen auf dem iranischen Markt aussetzen, sie wollen kein Risiko eingehen. Dazu kommen die ebenfalls unsichere politische Lage und nicht zuletzt die gesellschaftlichen und individuellen Einschränkungen. Man wird kaum einen Iraner, der mit seiner Familie in einem freien Land lebt, dazu bringen, sich freiwillig den Zwängen auszusetzen. Solange sich die politischen Verhältnisse nicht ändern, solange im Land Willkür herrscht, wird man die wohlhabenden Iraner nicht in die Heimat locken können.

III. Außenpolitik

IAEA-Resolution gegen Iran

Aus dem Konflikt um das iranische Atomprogramm, über das der Gouverneursrat der Internationalen Atombehörde (IAEA) in Wien Mitte September fünf Tage lang verhandelte, ist Iran eindeutig als Sieger hervorgegangen. Weder konnte die IAEA den Nachweis erbringen, dass das Land den Bau von Atombomben vorbereitet, noch wurde, wie es die USA wünschten, der Konflikt an den UN-Sicherheitsrat weitergeleitet. Und dies obwohl die iranische Regierung abermals einen Verzicht auf die Anreicherung von Uran und den Bau von Zentrifugen ablehnte. Das aber ist genau der Konflikt. Denn die Urananreicherung und der Bau von Zentrifugen können zwar zu friedlicher Nutzung von Atomenergie verwendet werden, aber auch zum Bau von Nuklearwaffen.

Die USA sind davon überzeugt, dass Iran den Bau der Atombombe plant. Der Staatssekretär im US-Außenministerium, John Bolton, sagte im Vorfeld der IAEA-Tagung, zwar sei Washington bestrebt, eine „friedliche und diplomatische Lösung“ des Konflikts herbeizuführen. Doch die USA hielten sich alle Optionen offen, auch den Einsatz von Gewalt, betonte Bolton. Dieser Strategie folgend hatten die USA bei der Sitzung des Gouverneursrats darauf gedrängt, Irans Akte an den UN-Sicherheitsrat weiterzuleiten, um Sanktionen gegen das Land beschließen zu können.

Die EU-Staaten, insbesondere Deutschland, Großbritannien und Frankreich, die seit einem Jahr die Rolle des Vermittlers im Streit um das iranische Atomprogramm übernommen hatten, lehnten hingegen in Übereinstimmung mit Russland und den blockfreien Staaten eine Anrufung des UN-Sicherheitsrats ab, wollten aber zugleich den Druck auf Teheran verstärken. Deutschlands Außenminister Joschka Fischer warnte die iranische Regierung vor einer „Fehleinschätzung der Reaktion der internationalen Gemeinschaft“. Iran müsse sich unbedingt an die vor knapp einem Jahr getroffene Vereinbarung mit den EU-Staaten halten. Damals hatte Teheran einer Aussetzung seines Programms zur Anreicherung von Uran zugestimmt. Die Öffnung des Weges zur Uran- und Plutoniumwirtschaft sei „inakzeptabel“, sagte Fischer.



Teheran behauptet, in der Vereinbarung sei lediglich eine vorübergehende Aussetzung der Urananreicherung vorgesehen gewesen. Dem widersprach Fischer. Der dauerhafte Verzicht sei der entscheidende Punkt gewesen, sagte der Minister.

Nach Tage langen Verhandlungen haben die USA nachgegeben und auch die Europäer haben ihren ursprünglichen Entwurf geschwächt. Statt, wie zunächst geplant, Iran ein Ultimatum zu setzen, heißt es in der Resolution, es sei „zwingend erforderlich“, dass Iran die offenen Fragen der IAEA „vor dem nächsten Treffen des Gremiums am 25. November“ klärt und „unverzüglich alle Aktivitäten im Zusammenhang mit Urananreicherung“ einstellt. Damit hat Iran, ohne das Gesicht zu verlieren, mehr als zwei Monate Zeit herausgeschlagen.

Iran lehnte die Resolution ab

Trotz des Erfolgs, den Iran bei den Verhandlungen in Wien erzielen konnte, hat Teheran die Forderung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEA) nach Einstellung seines Programms zur Uran-Anreicherung entschieden zurückgewiesen. „Iran wird keine Auflagen akzeptieren, die die Aussetzung der Uran-Anreicherung betreffen. Keine internationale Behörde kann Iran zwingen dies zu tun“, sagte der Vorsitzende des iranischen Nationalen Sicherheitsrats und Chefunterhändler für Atomfragen, Hassan Rohani bei einer Pressekonferenz in Teheran. Es sei das verbriefte Recht eines jeden Mitgliedsstaats der IAEA, die Atomenergie friedlich zu nutzen, und die Uran-Anreicherung gehöre dazu. Sollte der UN-Sicherheitsrat in den Konflikt eingeschaltet und Iran mit Sanktionen belegt werden, könne das Land den IAEA-Inspektoren den Zugang zu strittigen Anlagen verwehren und sich genau wie Nordkorea völlig aus dem Atomwaffen-Sperrvertrag zurückziehen, fügte Rohani hinzu.

Iran hatte im Oktober vergangenen Jahres in einem Abkommen mit den drei EU-Staaten vereinbart, sein Programm zur Uran-Anreicherung auszusetzen und das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag, das IAEA-Inspektoren unangemeldeten Zugang zu iranischen Atomanlagen erlaubt, zu unterzeichnen. Demgegenüber verpflichteten sich die drei EU-Staaten, die Einschaltung des UN-

Sicherheitsrats zu verhindern und Iran die erforderliche Technologie zur friedlichen Nutzung der Atomenergie zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich hat die iranische Regierung das Zusatzprotokoll unterzeichnet und die Uran-Anreicherung ausgesetzt. Inspektoren der IAEA führten monatelang Untersuchung durch und konnten nichts feststellen, was als Nachweis für den Bau von Nuklearwaffen bewertet werden konnte. Aber es gibt eine Reihe von Verdachtsmomenten. Iran hat bislang zahlreiche Fragen bezüglich der Herkunft von Zentrifugenteilen und angereichertem Uran, die sowohl zu friedlicher Nutzung von Atomenergie als auch zum Bau von Nuklearwaffen verwendet werden können, nicht befriedigend beantwortet.

Die nun verabschiedete IAEA-Resolution deutet auf eine Annäherung der bislang unterschiedlichen Positionen im westlichen Lager. Außenminister Fischer sagte, es sei gelungen, „ein klares Signal der Geschlossenheit an die Regierung in Teheran zu senden und die Besorgnis der internationalen Staatengemeinschaft hinsichtlich des iranischen Nuklearprogramms zu unterstreichen.“

Irans Parlamentspräsident Haddad Adel warf den EU-Ländern vor, dem Druck Washingtons nachgegeben und sich an das vor einem Jahr getroffene Abkommen nicht gehalten zu haben. „Die Militarisierung des iranischen Atomprogramms“ solle Iran an der friedlichen Nutzung der Atomenergie hindern und den Nachweis erbringen, dass die USA auch der EU ihren Willen aufzwingen können, sagte Adel.

Auch Irans Staatspräsident Mohammad Chatami hat die Forderung, Iran solle unverzüglich sein Programm zur Anreicherung von Uran und zum Bau von Zentrifugen einstellen, entschieden zurückgewiesen und gedroht, die Zusammenarbeit mit der Atombehörde zu beenden. Iran werde unter keinen Umständen sein Atomprogramm einstellen, sagte der Staatspräsident während einer Militärparade. „Wir haben unsere Entscheidung getroffen: ja zu friedlicher Nukleartechnologie, nein zu Nuklearwaffen. Jetzt sind die anderen dran.“ Die Weltgemeinschaft müsse „das natürliche und gesetzlich verankerte Recht Irans“, auf friedliche Atomforschung und Energienutzung akzeptieren. „Andernfalls werden wir diesen Weg weiter beschreiten, auch wenn das dazu führen



sollte, dass die internationale Aufsicht beendet wird", sagte Chatami.

Der Staatspräsident betonte noch einmal, dass Iran keineswegs die Absicht habe, Atomwaffen herzustellen. „Ob wir unter Verdacht stehen oder nicht, wir werden unter keinen Umständen versuchen, Atomwaffen zu erwerben, nicht weil wir Sanktionen befürchten, sondern weil das unserer Religion und Kultur widerspricht und wir solche Waffen als eine große Gefahr für die gesamte Menschheit betrachten“, sagte Chatami.

Die Resolution gegen das iranische Atomprogramm zeigt, dass sich nicht nur die USA und die EU inzwischen auf einen gemeinsamen Kurs geeinigt haben. Selbst Russland, das seit Jahren gegen den Widerstand der USA an der Fertigstellung eines Reaktorenblocks in der iranischen Stadt Buschehr arbeitet, schloss sich den Forderungen des Gouverneursrats an. Das Moskauer Außenministerium bezeichnete in einer Presseerklärung die Resolution als annehmbaren Kompromiss. Sie zeige den „besten Weg, wie alle offenen Fragen gelöst werden können“, heißt es dort.

Chatamis eindeutige Stellungnahme deutet darauf hin, dass es den Konservativen, die im Parlament die absolute Mehrheit besitzen, gelungen ist, ihre Position auch den Reformern aufzuzwingen. Sie scheinen sich nach dem Debakel im Irak sicher zu sein, dass die USA zumindest vorläufig einen militärischen Angriff auf Iran nicht wagen würden. Einige Parlamentsabgeordnete forderten sogar den sofortigen Ausstieg aus dem Atomsperrvertrag, andere verlangten einen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien. Mehdi Kutschekzadeh, Mitglied der Fraktion der Konservativen sagte: „Das schlimmste, was man gegen uns unternehmen könnte, wäre ein Wirtschaftsboykott und die Vorbereitung zu einem militärischen Angriff. Damit wird man uns aber nicht in die Knie zwingen können.“ Auch einen achtjährigen Krieg habe das Land mit großem Stolz überstanden. „Solche Drohungen sind für uns nichts Neues. Sie müssten verrückt sein, wenn sie einen Angriff auf unser Land wagen würden.“

Iran gibt Vorbereitung der Atomanreicherung bekannt

Teheran gab am 21. September bekannt, dass die Vorbereitungen zur Urananreicherung bereits angelaufen seien. Das Land habe begonnen, 37 Tonnen unverarbeitetes Uran (Yellowcake) in Uranhexafluorid umzuwandeln. Dies ist das Ausgangsmaterial für die Anreicherung von Uran bis hin zur Waffentauglichkeit. Wenn der Yellowcake komplett in Uranhexafluorid umgewandelt worden ist, könnte Iran Atomexperten zufolge in der Lage sein, genug Material für bis zu fünf Atombomben anzureichern. Der Leiter der iranischen Atomenergie-Organisation, Gholamreza Aghzadeh, teilte in Wien mit, ein Teil der 37 Tonnen sei bereits verwendet worden. „Die Tests waren erfolgreich, aber die Versuche müssen fortgesetzt werden, und dabei verwenden wir den Rest des Materials“, sagte Aghzadeh.

Israel verstärkt Drohungen gegen Iran

Iran sei „Terror-Exporteur Nummer eins“, sagte Außenminister Silwan Schalom vor der UN-Vollversammlung in New York. Teheran sei der gefährlichste Förderer des weltweiten Terrorismus. Zudem verwies Schalom auf die potenziellen Gefahren, die nicht nur sein Land und die gesamte Region bedrohen, sondern auch andere Staaten außerhalb der Region. Auch die jüngsten Waffenkäufe Irans seien besorgniserregend.

Nach einem Bericht der israelischen Tageszeitung „Haaretz“, die sich auf israelische Geheimdienstkreise beruft, beabsichtigt Israel Bomben aus den USA zu kaufen, mit denen unterirdische Atomanlagen Irans zerstört werden können. „Das sind keine Waffen, die an der Palästinenser-Front gebraucht werden“, schreibt die Zeitung. „Israel könnte die Bunker-Brecher gegen Iran oder möglicherweise gegen Syrien einsetzen.“ Bunker-Brecher sind Bomben, die erst tief in den Untergrund eindringen, bevor sie explodieren. Sie werden gegen stark befestigte Bauwerke eingesetzt.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, waren weder die US-Botschaft in Israel noch das israelische Verteidigungsministerium bereit, zu dem Zeitungsbericht Stellung zu nehmen. Das Geschäft mit einem Volumen von 319 Millionen US-Dollar soll, berichtet



Haarez, nicht vor der US-Präsidentschaftswahl am 2. November abgeschlossen werden. Neben den 500 Bunker-Brechern will Israel 4500 weitere Lenk Waffen kaufen.

In den vergangenen Monaten hat die israelische Regierung mehrmals vor dem iranischen Atomprogramm gewarnt und erklärt, dass Israel sich von der Absicht Irans, Atombomben zu bauen, bedroht fühlt. Zumal Iran im Besitz von Raketen sei, die Israel leicht erreichen könnten. Ministerpräsident Ariel Scharon hat sogar die Meinung geäußert, dass bloße Sanktionen Iran von seinem Plan nicht abhalten würden. Er sagte in einem Interview mit der Jerusalem Post: „Israel behält sich eigene Maßnahmen vor.“ Die israelische Presse berichtete, dass die Geheimdienste des Landes der Regierung Pläne zu einem Überraschungsangriff gegen iranische Atomanlagen vorgelegt hätten. Einen solchen Angriff hat Israel bereits 1981 gegen eine im Bau befindliche Atomanlage im Irak durchgeführt und dabei den Atomreaktor „Osirak“ zerstört.

Allerdings würde sich ein Angriff auf iranische Atomanlagen nach Ansicht von Experten als höchst kompliziert erweisen. Die Anlagen sind im ganzen Land verteilt und die Geheimdienstinformationen über Iran spärlich. Dies bestätigte Alex Vatanka vom Analysemagazin „Jane's Sentinel Security Assessments“ in London. „Es gibt keine guten Geheimdienstinformationen über Iran“, sagte auch der israelische Strategiefachmann Reuven Pedazur, der AP. „Ein israelischer Angriff in Iran würde riesigen politischen Schaden anrichten“, mahnte Pedazur. „Und letztlich würde das Programm fortgesetzt werden.“ Zudem würde ein solcher Militärschlag zu einem lauten Aufschrei in der arabischen Welt führen – und mit einem unprovokierten Angriff würde die Regierung in Jerusalem nicht nur eine Verurteilung seitens der Vereinten Nationen riskieren, sondern auch eine Welle von Anschlägen auf ihre Bürger und jüdische Einrichtungen in aller Welt.

Warum spielt Iran mit dem Feuer?

Die trickreichen Mullahs haben es wieder einmal geschafft. Sie haben verhindert, dass sich der UN-Sicherheitsrat mit dem iranischen Atomprogramm befasst und Sanktionen gegen das Land beschließt. Seit zwei

Jahren setzt sich der Handel wie auf dem Bazar fort. Im Ausland treten die iranischen Vertreter wie Unschuldslämmer auf, zeigen sich kooperationsbereit und im Inland rasseln sie mit den Säbeln. Aber was treibt Teheran zu diesem Spiel mit dem Feuer?

Über die Gründe kann man spekulieren. Vielleicht baut Iran tatsächlich an der Atombombe und will mit diesem Katz-und-Maus-Spiel Zeit gewinnen. Aus der Sicht der Herrschenden wäre der Besitz von Nuklearwaffen von großem Vorteil. Iran ist rund um seine Grenzen von amerikanischen Stützpunkten umzingelt. Die Türkei ist ein Nato-Land, in den ehemaligen Sowjetrepubliken sind die USA militärisch präsent, ebenso in Afghanistan und Pakistan, und der Persische Golf steht praktisch unter amerikanischer Kontrolle. Die Regierung in Washington hat mehrmals die Absicht bekundet, in Iran einen Regimewechsel herbeiführen zu wollen. Ohne das Desaster im Irak wären vermutlich die USA längst auch in Iran einmarschiert. Wäre Iran wie Nordkorea im Besitz von Atomwaffen, würden die USA einen solchen Schritt nie wagen. Hinzu kommt, dass es für die Theokraten in Iran nicht nachvollziehbar ist, warum Pakistan, Indien und Israel Atombomben besitzen dürfen, Iran aber nicht.

Es ist aber auch möglich, dass die Be-teuerungen Irans, die Nuklearanlagen ausschließlich zu friedlicher Energienutzung verwenden zu wollen, tatsächlich zutreffen und dass die Verzögerungstaktik nur dazu dienen soll, mehr Konzessionen vom Westen zu erlangen. Hier geht es erst einmal um den Transfer von Atomtechnologie, zweitens um das Embargo, das die USA seit der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehörige in Teheran im Jahre 1979 über Iran verhängt haben. Zwar hat diese Maßnahme Iran nicht in die Knie zwingen können, sie hat dem Land aber erheblichen wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Drittens geht es um das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen mit der EU, über das seit langem verhandelt wird. Schließlich möchte Iran seine Interessen in Afghanistan und im Irak gewahrt wissen und am Wiederaufbau beider Länder und deren politischer Zukunftsgestaltung beteiligt werden. Tatsächlich haben die USA inzwischen festgestellt, dass sie ohne Kooperation mit Iran vor allem im Irak nicht weiterkommen. Sollte Teheran seine außenpolitischen Ziele errei-



chen, hätte das dadurch gefestigte Regime in der Innenpolitik freie Hand. Das hätte aber für die überwiegende Mehrheit des Volkes, das längst dem Regime eine Absage erteilt hat, verheerende Folgen.

Deutscher Geschäftsmann wollte Atomtechnik nach Iran vermitteln

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ hat ein deutscher Geschäftsmann offenbar dem umstrittenen iranischen Atomprogramm zugearbeitet. Laut Bundesanwaltschaft habe der 53-jährige Mann die Lieferung von 24 Telemanipulatoren vermittelt, berichtete das Magazin. Mit solchen Geräten können abgebrannte Kernbrennstäbe sicher bearbeitet werden. Das Geschäft sei jedoch nicht zustande gekommen, da die europäischen Behörden Alarm geschlagen hätten. Weiterhin heißt es in dem Spiegel-Bericht, Ende Juli vergangenen Jahres hätten Unbekannte eine Bombenattrappe mit der Warnung vor die Tür des Geschäftsmanns gelegt, er solle seine Arbeit für Iran einstellen. Deutsche Geheimdienste vermuten den israelischen Geheimdienst hinter der Drohung.

Chatami vertagt Türkei-Staatsbesuch

Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh gab bei seiner wöchentlichen Pressekonferenz bekannt, dass das Kabinett bei seiner Sitzung am 26. September wegen eines Parlamentsbeschlusses über Verträge mit zwei türkischen Unternehmen entschieden habe, den geplanten Staatsbesuchs Präsident Chatamis in die Türkei zu vertagen. Die Regierung müsse handlungsfähig sein und Vereinbarungen treffen können, sagte Ramezanzadeh. Bevor diese Frage nicht geklärt sei, werde der Staatspräsident die Reise nicht antreten.

Schon vor zwei Monaten musste die Regierung Chatami während eines Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten in Teheran ähnliche Peinlichkeiten hinnehmen. Damals wurden Verträge mit türkischen Unternehmen, die zur Unterzeichnung vorbereitet waren, unter dem Druck der Konservativen vorerst beiseite gelegt. Die türkische Delegation reiste unverrichteter Dinge verärgert ab. Auch der Vertrag mit der türkischen Firma über Dienstleistungen auf dem Teheraner Flughafen, den die Regierung bereits unterzeichnet hatte,

hatte weitreichende innenpolitische Folgen. Kurz nach der Eröffnung des neuen Flughafens, der den Namen Imam Chomeini trägt, wurde er, nachdem die erste Passagiermaschine gelandet war, durch Revolutionsgarden geschlossen. Sämtliche Flugzeuge, die zur Landung angesetzt hatten, wurden umgeleitet. Die ungewöhnliche, die eigene Kompetenz überschreitende Intervention der Revolutionsgardisten wurde damit begründet, dass die Sicherheit des Flughafens nicht gewährleistet sei. Eine ausländische Firma (in diesem Fall die türkische), die auf dem Flughafen Dienst leiste und gleichzeitig mit „den Zionisten“ zusammenarbeite, bedeute eine Gefahr für die nationale Sicherheit. Der Flughafen ist bislang nicht wieder geöffnet worden.

Das Parlament hatte vor der geplanten Reise Chatamis in die Türkei einen Beschluss gefasst, wonach jeder Vertrag, den die Regierung mit den türkischen Unternehmen schließe, vom Parlament ratifiziert werden müsse (s.S.3/4 dieses Berichts). Es handelt sich um zwei türkische Unternehmen für Mobilfunk und Dienstleistungen auf dem Teheraner Flughafen. Die Konservativen in- und außerhalb des Parlaments behaupten, beiden Unternehmen hätten Verbindung zu Israel und seien deshalb nicht vertrauenswürdig. Ihr Wirken in Iran würde die Sicherheit des Landes gefährden.

Zuvor hatte Gholamreza Tadjgardun, Stellvertretender Leiter der Planungsorganisation, erklärt, sollte der Vertrag mit der Mobilfunkfirma annulliert werden, müsste Iran eine Entschädigung in Höhe von 300 bis 400 Milliarden Tuman (300 bis 400 Millionen Euro) zahlen: Die Firma habe längst mit der Umsetzung des Projekts begonnen und die erste Phase abgeschlossen.

Parlamentspräsident Haddad Adel sagte, der Beschluss des Parlaments bedeute keineswegs, dass die Verträge mit den türkischen Unternehmen abgelehnt worden seien. Es sei lediglich beschlossen worden, dass das Parlament die Verträge ratifiziert. Er bestritt, dass der Beschluss Iran wirtschaftlich schaden könnte. Genau das Gegenteil sei der Fall, sagte er. Eine Kontrolle durch das Parlament gewähre ausländischen Investoren die Sicherheit, dass die Verträge korrekt und von jeglicher Korruption frei seien.

Der Entschluss Chatamis, seine Reise in die Türkei zu vertagen, ist höchst ungewöhnlich. Selten in seiner siebenjährigen Amtszeit hat der Präsident auf den Druck von Rechts so hart und eindeutig reagiert. In Konfliktfällen hat er immer einen Ausweg gesucht oder nachgegeben. Politische Beobachter sind der Meinung, dass Chatami mit seiner Reaktion den Konservativen zeigen wollte, dass es auch für ihn eine Grenze gebe, die nicht überschritten werden dürfe.

Iranischer Konsul aus Geiselhaft frei

Der iranische Konsul in der irakischen Pilgerstadt Kerbela wurde einem Bericht des iranischen Satellitensenders El Alam zufolge aus der Geiselhaft frei gelassen. Fereidun Dschahani war Anfang August von der Gruppe Islamische Armee verschleppt worden. Nach Informationen des Senders, der sich auf die iranische Botschaft in Bagdad beruft, befindet sich der Konsul seit dem 27. September in Bagdad und halte sich im Gebäude der Botschaft auf. Die Entführer hatten mit der „Bestrafung“ des iranischen Diplomaten gedroht, sollte Teheran nicht 500 irakische Gefangene aus der Zeit des iranisch-irakischen Krieges (1980-1988) freilassen. Bei der Gruppe Islamische Armee handelt es sich um dieselbe Gruppe, die auch zwei französische Journalisten entführt hat, deren Aufenthaltsort nach wie vor unbekannt ist. Über die Umstände der Freilassung und etwaige Berichte des Konsuls ist nichts bekannt, auch nichts darüber, ob es auf iranischer Seite Zugeständnisse gegeben hat.